

Schimmelhäuser werden saniert

Bezirksamt will Kosten vorstrecken / Warnung vor finanziellem Risiko

Kreuzberg. Einmal mehr ging es bei der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung um das Endlos-Thema Schimmelhäuser. Allerdings geht es dabei jetzt ans Eingemachte, sprich an das Geld.

Wie berichtet, hatte die BVV-Mehrheit im Juli das Bezirksamt beauftragt, die Sanierung der verschimmelten Wohnungen an der Schöneberger Straße selbst auf den Weg zu bringen, wenn sich die R&W-Hausverwaltung in dieser Richtung weiter quer stellt. Genau das ist jetzt auch offiziell der Fall, denn in einem Schreiben vom 6. September sieht sich R&W zu einem Ausbessern der Schimmel-Schäden „nicht in der Lage“, wie Bürgermeister Franz Schulz (Bündnis 90/Grüne) mitteilte.

Somit wird sich jetzt der Bezirk darum kümmern und will die Kosten durch Pfändung der Mieten aufbringen. Aber da liegen schon die ersten Unbekannten. „Wir können noch nicht abschätzen, wie viel Geld wir dadurch erhalten“, räumte der Bürgermeister ein. Denn zum einen sei davon auszugehen, dass einige Wohnungsbewohner wegen der Probleme in ihren vier Wänden bereits Mietminderungen herausgeschlagen haben. Zum anderen ist nicht bekannt, ob nicht zumindest Teile der Mieteinnahmen anderweitig verpfändet sind. Deshalb, so Schulz, werde die Sanierung in mehreren Schritten ablaufen. „Es wird immer so viel gemacht, wie Geld vorhanden ist.“

Zahlen muss der Bezirk auf jeden Fall für ein weiteres Gut-

achten, das die gesamten Sanierungskosten auflisten soll. Auch die Baubetreuung darf im Gegensatz zu den konkreten Arbeiten nicht aus dem Miettopf bezahlt werden.

„Wir bemühen uns trotzdem, das Vorhaben kostenneutral abzuwickeln“, machte der Rathauschef klar. Dass das gelingt, bezweifelte der Bezirksverordnete Michael Schill (CDU). Er kritisierte erneut, dass sich der Bezirk mit der R&W vor Gericht auf einen „windelweichen Vergleich“ eingelassen habe. Denn dort habe die Hausverwaltung zwar einer Sanierung zugestimmt, das aber von einem entsprechenden Votum der Eigentümerfonds, der wahren Besit-

zer der Häuser, abhängig gemacht. Mit deren angeblichem Nein wird jetzt die Absage begründet.

„Viele Fondsinhaber sind aber über das Problem nur unzureichend informiert, wie wir aus ersten Gesprächen mit einigen dieser Leute erfahren haben“, sagt Mietersprecher Sebastian Jung. Für Jung hat das Ausitzen der Schimmel-Schwierigkeiten seitens der R&W Methode. „Die wollen uns hier raushaben, um die Wohnungen dann teurer vermieten zu können.“ Denn nach dem Abbau der Wohnungsbauförderung durch das Land Berlin, könnten für die Objekte statt bisher rund fünf dann 13 Euro pro Quadratmeter

verlangt werden. Das wäre viel zu viel für die meist sozial-schwachen Mieter. Aber erst bei diesem Betrag würde sich eine Sanierung für die Eigentümer rechnen. Ein BVV-Beschluss sah bereits im Dezember 2006 vor, in Zusammenarbeit mit dem JobCenter zumindest die Hartz IV-Empfänger unter den Mietern möglichst schnell aus ihren Schimmel-Bleiben herauszubekommen und ihnen andere Wohnungen anzubieten. Nur scheint in dieser Richtung bisher nicht viel passiert zu sein. „Wir waren beim JobCenter. Denen war das unbekannt. Und ohne Vorgaben des Bezirksamtes können die Mitarbeiter dort nicht aktiv werden“, so Jung. tf



Die Wohnung der Familie Pekel im Schimmel-Viertel wurde im Januar sogar vom Gesundheitsamt gesperrt. Andere Mieter leben bis heute mit Pilzbefall an ihren Wänden.

Foto: Frey